

13. Februar 1961 Bekanntgabe der Ermordung von Patrice Lumumba, dem ersten kongolesischen Regierungschef
07. Februar 1971 In der Schweiz wird den Frauen in eidgenössischen Angelegenheiten das Stimmrecht verliehen
14. Februar 1991 Observierung der PDS durch den bayerischen Verfassungsschutz auf Anweisung von Innenminister Stoiber

# Linkes Blatt <sup>DIE LINKE.</sup>

2. Ausgabe / 21. Jahrgang

Für Halle

1. Februar 2011

## Aufschwung für alle - DIE LINKE. macht den Unterschied!

### Erklärung des Geschäftsführenden Parteivorstandes und der Landesvorsitzenden sowie Landessprecher/innen der Partei DIE LINKE

Ganz Deutschland ist im Aufschwung?

Nein! Die Exportwirtschaft floriert, die Börse brummt, die Gewinne sprudeln. Neue Arbeitsplätze sind jedoch vor allem ungeschützte, unsichere und niedrig bezahlte Jobs. Sie sichern für viele Beschäftigte noch nicht einmal den Lebensunterhalt. Bei den Renten heißt es Nullrunde statt Aufschwung, Langzeiterwerbslose sollen mit 5 Euro mehr Hartz IV abgespeist werden. Schon während des vergangenen Aufschwungs stiegen Löhne, Renten und Hartz IV kaum oder gar nicht, wurden notwendige Investitionen teilweise nicht getätigt. Und auch heute behauptet die Bundesregierung, dafür sei kein Geld da. Das ist falsch und nicht gerecht! Es ist die Folge einer sozial ungerechten Politik, die Konzernen und Reichen Steuergeschenke macht, während sie von der Bevölkerung Sparsamkeit verlangt, die Kassen von Ländern und Kommunen plündert und die Kosten der Krise den Armen aufbürdet.

Statt Wirtschaftsaufschwung für alle bekommen Wenige viel mehr, aber Viele viel weniger oder gar

nichts - soziale Sicherheit und ein solidarisches Miteinander bleiben so auf der Strecke. Ohne eine andere Politik vertieft der Wirtschaftsaufschwung die soziale Spaltung im Land. Die wirtschaftliche Erholung muss für andere, bessere Weichenstellungen genutzt werden. In den kommenden Wahlen geht es um eine Entscheidung: \* Entweder es bleibt bei einer Politik, die allein die großen Gewinne und Vermögen vermehrt, die die öffentlichen Kassen plündert und den Banken Milliardengeschenke macht und auf diese Weise das Wohl aller Menschen der Gewinnmaximierung Weniger opfert; \* oder wir setzen eine Politik durch, die das Gemeinwohl achtet, die die Interessen der Bevölkerung auch gegen Wirtschaftslobbyisten verteidigt, die soziale Spaltung verhindert und alle am volkswirtschaftlichen Wachstum beteiligt, die auf Kooperation, Solidarität und sozialen Zusammenhalt setzt.

Die LINKE will den Kurswechsel: keine halbherzigen Korrekturen, sondern eine solidarische und sozial gerechte Gesellschaft. Die gerechte Verteilung des gesellschaft-

lichen Reichtums ist dafür eine wesentliche Grundlage.

Wer die Demokratie bewahren will, muss mit den bestehenden Verhältnissen brechen, in denen Banken und Konzerne der Bundesregierung die Politik diktieren. Wer auch die Menschen im sozialen Abseits für die aktive Teilnahme am politischen Lebens gewinnen will, muss diesen Menschen Zukunftsperspektiven bieten. Wer den ökologischen Wandel will, muss den sozialökologischen Umbau der Wirtschaft vorantreiben und mit gerechten Löhnen, guten Renten und menschenwürdigen Sozialleistungen dafür sorgen, dass sich alle Menschen gesunde Lebensmittel, Elektroautos und Niedrigenergiehäuser leisten können. Wer in Städten und Gemeinden gute soziale und kulturelle Dienstleistungen will, muss die Kommunen mit den notwendigen finanziellen Mitteln für mehr Personal und Infrastruktur ausstatten. Wer die europäische Vereinigung vorantreiben will, der muss mit guten Löhnen in Deutschland zum wirtschaftlichen Gleichgewicht in Europa beitragen.

**weiter auf Seite -5-**

## Der Kommunismus – immer noch ein Gespenst?

Als 1989/90 das Urteil der Geschichte über den gescheiterten Realsozialismus gefällt wurde, da gab es dennoch Leute, die an ihrem Ideal von einer gerechten Gesellschaft, in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die Entwicklung aller ist, festhielten. So trafen sich Berliner PDS-Mitglieder 1990 in einer Diskussionsgruppe, um sich über „Wege aus dem Kapitalismus“ zu verständigen, in den sie nun wieder hineinrestauriert worden waren. Zu dieser Zeit, wo die meisten Parteimitglieder aus vielerlei Gründen keinen Nerv für tiefgründige theoretische Debatten hatten, blieb dieser Zirkel wohl weitgehend unbemerkt. Ganz anders im Jahr 2011 – als die „junge welt“ in ihrer Ausgabe am 3. Januar einen Artikel der Vorsitzende der LINKEN Gesine Löttsch mit der Überschrift „Wege zum Kommunismus“ veröffentlichte. Ein Aufschrei ging durch das wiedervereinigte und doch noch so zerrissene Deutschland. Mancheiner überschlug sich geradezu in seinen Tiraden aus Hass und Flüchen. Sattsam bekannte Bürgerrechtler und bislang unerkannte Verteidiger der Demokratie, die auffallend schweigsam waren, als die Politik in den letzten Jahren Sozial- und Demokratieabbau vorantrieb und deutschen Soldaten wieder den Weg in völkerrechtswidrige Kriegesbahnten, hielten es jedenfalls für angebracht, der Linkspartei und Gesine Löttsch persönlich kräftige Standpauken zu intonieren. Forderungen nach verfassungsschützender Beobachtung, dem Ausschluss von Koalitionen auf Bundesebene oder gar Verbots-

forderungen machten die Runde. In sie hineingeworfen haben dies ausgerechnet Parteien zu dessen Täterprofil es gehörte, auf der Grundlage verfassungswidriger Gesetze regieren zu wollen. Frage: Hat irgendjemand nach der höchstrichterlichen Feststellung der Verfassungswidrigkeit mehrerer Bundesgesetzen gleich das Verbot der Unionsparteien, der SPD, der Grünen und der FDP gefordert? Also was soll dieser Kinderkram? Doch was hat die LINKE-Vorsitzende im besagten "junge-welt"-Beitrag eigentlich so Schlimmes geschrieben? Machen wir doch mal eine kleine Textanalyse. In der öffentlichen Debatte wurde ihr im Kern immer nur ein Satz vorgeworfen. Hierauf scheint sich die alleinige Angriffsfläche ihrer Kritiker zu reduzieren. Zu mehr ist man in jenen Kreisen wohl intellektuell nicht in der Lage. Hier der Satz: „Die Wege zum Kommunismus können wir nur finden, wenn wir uns auf den Weg machen und wir sie ausprobieren, ob in der Opposition oder in der Regierung“. Das war´s (?). Beileibe ist der Löttsch-Artikel ein unkritisches „Lob des Kommunismus“. Es ist auch kein Papierjenseits aller gegenwärtigen Probleme, die die bundesdeutsche Gesellschaft beschäftigen und globale Fragen werden auch nicht ausklammert. Im Gegenteil, sie spricht von einem „verworrenen Problemhaufen“ und stellt auch an die Linke die Frage, ob sie dafür eine Lösung habe. Die zu finden – vor dieser Aufgabe stehen doch erstmal alle Parteien. Sind sie deshalb gleich verfassungsfeindlich oder demokratiefeindlich, wenn sie

hier nach entsprechenden Wegen suchen? Die Autorin unternimmt auch einen Exkurs in die SPD-Geschichte und benennt den Verrat dieser Partei in der Novemberrevolution von 1918. Das dürfte natürlich dem heute amtierenden SPD-Vorsitzenden früheren Umweltminister Sigmar Gabriel nicht gefallen haben. Was für eine Unverschämtheit aber auch - die SPD an ihre eigenen Müllhaufen der Geschichte zu erinnern. Mehrfach nimmt Gesine Löttsch Bezug auf Rosa Luxemburg. Die KPD-Mitbegründerin sprach von „revolutionärer Realpolitik“, wo ausgehend von den dringenden Nöten der Arbeiter und großer Teile der Bevölkerung an Lösungen gearbeitet werden soll, die deren Lage spürbar verbessern und zugleich zu einer strukturellen Veränderung der Eigentums- und Machtverhältnisse führen soll. Für mich, so Gesine Löttsch weiter, steht linke Politik insgesamt und die Politik der Partei DIE LINKE in dieser herausfordernden Tradition, gesellschaftsverändernder, radikaler Realpolitik. Und wie nötig Veränderungen sind, beweisen doch das alltäglich gewordene krisenhafte Knarren und Knirschen im kapitalistischen Gebälk. Irgendwann ist eben auch der beste Handwerker mit seinem Latein am Ende, da hilft nur der Abriss. An seine Stelle muss dann etwas wirklich Neues entstehen können. Ob das dann gleich zu einem Kommunismus führen kann und soll: Fragezeichen. Aber über Utopien, Visionen, Lösungen sowie über neue Wege laut nachzudenken, das muss doch wohl in einem demokratischen und diskurs-

fähigen Gemeinwesen möglich sein, ohne das man gleich mit dem Bannstrahl gelasert wird.

Ihren "junge-welt"- Artikel beschloss Gesine Löttsch nicht mit der Beschreibung des uns dann zu erwartenden „kommunistischen Paradieses“, sondern mit einem klaren Bekenntnis zu Freiheit \*und\* Sozialismus, sprich einem demokratischen Sozialismus. Ihm gehöre die Zukunft, so die LINKE-Spitzenfrau. Das bekräftigte sie auch in ihrer Rede, die sie am 8. Januar auf der Rosa Luxemburg-Konferenz

vortrug: „Ich bin demokratische Sozialistin“. Nix Kommunismus. Man sollte wirklich zu Ende lesen - sonst Klappe halten.

Nun – an diesem Januartag folgte die LINKE-Vorsitzende der Einladung zur Rosa Luxemburg-Konferenz, wofür sie den vorbereitend soviel Widerworte provozierenden Artikel geschrieben hatte. Am Tagungsort, der URANIA, waren Konservative und Rechtsradikale in Frontstellung gegangen. Unter ihnen eine Vertreterin jener Kategorie der anfangs erwähnten „satt-sam bekannten Bürgerrechtler...“- Vera Lengsfeld. Schon interessant - diese Personalie.

Einst SED, dann Grüne, nun CDU-Mitglied. Die Frau wechselt öfter ihr Parteibuch, wie andere ihre Unterwäsche. Beim letzten Bundestagswahlkampf (2009) fiel sie gemeinsam mit der „Bundesknopfleiste“ Angela Merkel durch ein offenes Wahlplakat auf. Viel photoshop-generiertes (?) Holz vor der Hütte, aber wie sich nun wieder zeigen soll, ebenso viel Stroh im Kopf. Denn: Draußen vor der Tür postierte sich Frau Lengsfeld

mit einem Plakat, auf dem sie 100 Millionen Tote des Kommunismus beklagte. Diese Opfer beklagen demokratische Sozialisten und Kommunisten auch. Wurden doch zahllose aufrechte Kommunisten und Sozialisten selbst Opfer des unsäglichen Missbrauchs des kommunistischen Ideals sowie der unbestreitbaren Verbrechen, die im Namen des Kommunismus geschehen sind. Nur zwei praktische Beispiele für das ernsthafte Bemühen, diese schmerzvollen Seiten jener Geschichte aufzuarbeiten und sich kritisch mit ihr auseinanderzusetzen waren die Stalinismus-Konferenz der PDS (Dezember 1990) und die Konferenz „Realsozialistische Kommunistenverfolgung. Von der Lubjanka bis Höhenschönhausen“ (Juni 1997). Frau Lengsfeld habe ich dort nicht gesehen. Sie wäre dann wahrscheinlich genauso schlau wie ich. Vielleicht wären sie und ihre Kameraden dann nicht mit derart plakativen Feindbildern vor der Luxemburg-Konferenz aufmarschiert.

Jedoch auch aus den eigenen Reihen wurde die LINKE-Vorsitzende mit manchen unappetitlichen Auswürfen konfrontiert. Da werden eilig Bekenntnisse zum Grundgesetz ausgebracht, oder eine schärfere Verurteilung des Missbrauchs und der Verbrechen, für die der Kommunismus als Idee so alles herhalten musste, verlangt. Jene Genossen seien gefragt: Findet ihr das gegenüber Gesine Löttsch eigentlich angemessen oder ist es nicht vielmehr peinlich? Wer den Weg dieser Frau seit 1990 nur ein bisschen verfolgt hat, wer sie nur ein bisschen kennt, der kann doch

wohl als gegeben voraussetzen, dass die Genossin Löttsch die nötige Distanz zu den im Namen des Kommunismus begangenen Verbrechen mitbringt. Sie hat in glaubwürdiger Weise das vollzogen, was unstrittig manches Mitglied noch vor sich hat: Den Bruch mit dem Stalinismus. Als Berliner Landespolitikerin und in der Bundespolitik hat sie Kompetenz bewiesen und wiederholt Direktmandate geholt. Außerdem wird mit solchen Bemerkungen von Genossen, wie oben, betreffs ihrer Haltung zur Geschichte und Herkunft der Partei die seit 1990 geleistete Geschichtsarbeit der Partei ignoriert. Das macht doch schon der politische Gegner; die mit den verfassungswidrigen Gesetzen und so. Ihr wißt schon...

Fakt ist: So wie es ist, kann es nicht bleiben. Es muss sich was ändern. Über das Was - Wohin - Wie - darüber zu streiten, dazu bietet sich in der laufenden Programmdebatte der Linkspartei die Gelegenheit. Doch vergessen wir bei allem theoretisieren nicht, dass viele Menschen schon heute von der LINKEN Antworten und Hilfe erwarten.

René Lindenau

### Linkes Blatt

#### Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand  
Blumenstraße 16  
06108 Halle (Saale)  
Telefon 0345 / 20 255 90  
eMail: linkesblatt@dielinke-halle.de  
Sven Knöchel (v.i.S.d.P)  
Herstellung: Eigendruck  
Erscheinungsweise: 14 - t ä g i g  
Auflage: 650 Exemplare

#### Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:  
27.01.2011  
Redaktionsschluss der nächsten  
Ausgabe: 10.02.2011

## Andere Politik gibt es nur mit uns

Interview mit dem Landtagskandidaten Swen Knöchel

### Warum soll die CDU-geführte Landesregierung abgewählt werden?

Sachsen-Anhalt wird nicht gut regiert. Die Ungleichheit nimmt zu, ob im Zugang zur Bildung oder im Berufsleben. Die Armut im Land verfestigt sich, besonders skandalös empfinde ich dabei die Kinderarmut, mit der wir ja auch in Halle konfrontiert werden. Die von der Regierung gefeierten neuen Arbeitsplätze entpuppten sich vielfach als Billigjobs. Sachsen-Anhalt etabliert sich als Niedriglohnland. Dazu kommt die drohende Altersarmut, von der diejenigen betroffen sein werden, die nach 1990 vielfach gebrochene Erwerbsbiografien aufweisen. Dieser Entwicklung müssen politische Konzepte entgegengesetzt werden. Eben solche Konzepte fehlen bei der CDU oder sie sind ungeeignet, die Probleme auch nur ansatzweise zu lösen.

Ich bin überzeugt, dass DIE LINKE mit ihrem Wahlprogramm und ihrem Spitzenkandidaten Wulf Gallert den Bürgerinnen und Bür-

gern ein überzeugendes Angebot unterbreitet, wie es besser gehen kann.

**Genosse Knöchel, wer weg soll ist klar. Wer soll kommen?**

**Welche Chancen siehst du für eine rot-rote Landesregierung?**

Wenn ich das Wahlprogramm der SPD lese, erkenne ich viele Gemeinsamkeiten, die nach meiner Überzeugung ausreichen, um in einer Koalition die richtigen Weichenstellungen vorzunehmen. Ich kann verstehen, dass die SPD bei den derzeitigen Umfrageergebnissen nicht mit der Aussage, unser Juniorpartner werden zu wollen, in den Wahlkampf geht. Wundern tue ich mich allerdings, wenn die SPD ihre eigenen politischen Programme dadurch entwertet, dass sie deren Umsetzung ausschließt, weil sie sich vorab an die CDU bindet. Welche Politik mit der CDU möglich ist, müsste die SPD in den vergangenen 5 Jahren bemerkt haben. Umso verwunderlich ist ihre Vorabkoalitionsaussage.

Ich halte es aber jetzt für wichtig, mit unseren Inhalten um Wähler-



stimmen zu werben. Dabei muss man den Leuten klar sagen, dass es nur mit uns die tatsächliche Umsetzung von mehr Bildungsgerechtigkeit, ein Vergabegesetz und eine bessere Finanzausstattung der Kommunen geben wird.

Strategisch ist mir klar, dass wir dafür Partner brauchen; ich sehe in der SPD tatsächlich dafür einen Partner - die Entscheidung aber muss die SPD treffen.

**Du bist unseren Leserinnen und Lesern als Vorsitzender des Stadtverbandes und als Stadtrat bekannt. Wirst du dich - im Falle deiner Wahl - auch im Landtag um Kommunal Finanzen kümmern?**

Ich bin und bleibe auch Stadtrat in Halle, Kommunalpolitik und die Entwicklung meiner Heimatstadt sind mir Herzensangelegenheit. Ich möchte mich im Landtag auch dafür einsetzen, dass die Stadt-Umland-Problematik mehr Aufmerksamkeit erfährt. Es braucht viele kluge Lösungen für die Gemeinden in Sachsen-Anhalt und besonders für Halle. Um daran mitzuwirken, kandidiere ich ja schließlich für den Landtag, als Hallenser.

Die Fragen stellte G. Naumann

### Wahlforum mit den Spitzenkandidaten der Parteien zu den Landtagswahlen Sachsen-Anhalt

Donnerstag, 24.02.2011  
16:30 Uhr bis ca. 18:30 Uhr  
Halle  
Maritim Hotel (Riebeckplatz)

Rückmeldung bis zum:  
10. Februar 2011  
per Fax unter 0345 - 2149700  
per Mail [petra.lutz@verdi.de](mailto:petra.lutz@verdi.de)  
eine Veranstaltung der Gewerkschaft ver.di

#### Podiumsdiskussion mit:

Dr. Reiner Haseloff CDU  
Katrin Budde SPD  
Wulf Gallert Die Linke  
Veit Wolpert FDP  
Prof. Dr. Claudia Dalbert  
Bündnis 90/die Grünen

#### Moderation:

Lothar Philipp, Renate Skirl  
(ver.di)

## Aufschwung für alle...

Fortsetzung von Seite -1-

Deshalb: umverteilen von den Reichen zu den Armen, umverteilen von den Konzernen zu den Beschäftigten und umverteilen von den Banken zu den Ländern und Kommunen! Das Jahr 2011 muss zum Jahr der Einkommenszuwächse für Beschäftigte, Erwerbslose, Familien, Rentnerinnen und Rentner werden. DIE LINKE unterstützt kräftige Lohnzuwächse für Beschäftigte als dafür grundlegende Voraussetzung.

DIE LINKE fordert deshalb:

### \* Für Beschäftigte:

flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn zum 1. Mai 2011 einführen und in den kommenden zwei Jahren mindestens auf zehn Euro anheben; über dem gesetzlichen Mindestlohn liegende Branchenmindestlöhne für allgemeinverbindlich erklären; die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaft durch ein verbessertes Streikrecht stärken; gleicher Lohn für gleiche Arbeit durchsetzen: für Frauen und Männer, in Ost und West, in der Leiharbeit; Lohn-dumping durch Minijobs, Teilzeit und befristete Beschäftigung unterbinden.

### \* Für Erwerbslose:

Regelsatz für Hartz-IV-Beziehende in dieser Wahlperiode auf 500 Euro anheben; Sanktionen abschaffen; öffentlich geförderten Beschäftigungssektor mit sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen schaffen statt Ein-Euro-Jobs und Bürgerarbeit.

### \* Für Kinder:

Regelsätze für Kinder von Hartz IV-Beziehenden dem tatsächlichen Bedarf der Kinder entsprechend erhöhen; Kindergeld auf 200 Euro

anheben und unverzüglich eine bedarfsorientierte Kindergrundsicherung einführen; gebührenfreie und qualifizierte öffentliche Kinderbetreuung bundesweit einrichten und einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsbetreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr schaffen.

### \* Für Rentnerinnen und Rentner:

die Rente erst ab 67 wieder abschaffen; Kürzungsfaktoren in der Rentenberechnung zurücknehmen und die Lebensstandard sichernde Funktion der gesetzlichen Rente wiederherstellen; die Rente armutsfest ausgestalten: Kein Mensch darf im Rentenalter weniger als 800 Euro zum Leben haben.

### \* Für die Versicherten:

Kopfpauschale und Zuzahlungen abschaffen; solidarische Bürgerinnen und Bürgerversicherung einführen, in die alle Menschen und alle Einkommensarten einbezogen sind.

### \* Für Länder und Kommunen:

eine Millionärssteuer von 5 Prozent auf das Vermögen oberhalb einer Million Euro einführen; Steuern für Banken und Konzerne erhöhen; mit einer Einkommenssteuerreform niedrige und mittlere Einkommen entlasten und höhere belasten.

Die LINKE streitet im Bund und in den Ländern für diesen Politikwechsel. Die anstehenden Landtagswahlen entscheiden auch über die Richtung der Bundespolitik: Je stärker die LINKE, desto sozialer wird Deutschland, desto weniger kann die schwarz-gelbe Bundesregierung ihre unsoziale Politik im Bundesrat durchsetzen. Eine starke LINKE ist die einzige Garantie, dass die SPD ihren sozialen Wor-

ten endlich Taten folgen lässt und die Grünen nicht vergessen, dass der ökologische Wandel ohne eine gerechte Verteilung des Wohlstands nicht zu haben ist.

Und je stärker die LINKE in den Ländern ist, umso besser können dort Bausteine für einen Politikwechsel durchgesetzt werden, sei es in der Opposition oder in der Regierung:

\* Vergabe öffentlicher Aufträge nur bei Zahlung von Tariflöhnen bzw. eines gesetzlichen Mindestlohnes;

\* Kopplung der Vergabe öffentlicher Fördermittel an die Qualität der Arbeit, gute Löhne und die Schaffung unbefristeter Arbeitsplätze;

\* Schaffung bzw. Ausbau der öffentlichen Beschäftigung und eines öffentlichen Beschäftigungssektors in der Sozial- und Jugendarbeit, in der Gesundheit, Bildung und im Umweltschutz;

\* Einführung bzw. Beibehaltung eines Sozialtickets;

\* Verhinderung von Zwangsumzügen von Erwerbslosen durch sozialverträgliche Übernahmeregelungen von Wohn- und Energiekosten von Hartz IV-Beziehenden;

\* Rekommunalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge vorantreiben, öffentliche Unternehmen dem Gemeinwohl verpflichten;

\* Investitionen in Schulen und Einstellung von mehr qualifizierten Lehrkräften für gute Bildung aller Kinder, unabhängig von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft.

Demokratisch und sozial:

Ein Land für alle!

**DIE LINKE.**  
SACHSEN-ANHALT

## Synergieeffekt heißt für mich linke Politik auch im der Praxis umzusetzen.



Dieter Schika

### 1. Dieter, Du bist schon einige Jahre in der Fraktion als sachkundiger Einwohner tätig.

### Was bedeutet Dir diese Aufgabe und wie kannst Du Dich damit in die Fraktionsarbeit einbringen?

Ich bin seit 1999 sachkundiger Einwohner unserer Fraktion. Zu Beginn war ich Mitglied im Sportausschuss. Es war schon interessant zu erfahren, wie es in der Kommunalpolitik heute zugeht. In den darauf folgenden Jahren, bis zum heutigen Zeitpunkt, bin ich nun Mitglied im Planungs- und Umweltausschuss. Ehrlich gesagt, hier fühle ich mich wohler, weil ich hier meine langjährige berufliche Erfahrung einbringen kann, da ich ja selbst aus der Wirtschaft komme. Auch sind Planungsangelegenheiten für mich kein Neuland. Es ist also so, dass ich mein fachliches Wissen und auch persönlichen Erfahrung in die Fraktionsarbeit einbringen kann.

### 2. An welchen Schwerpunkten arbeitest Du gerade konkret mit?

Da ich meine Schwerpunkte auf die Wirtschaft und die Stadtentwicklung lege, gibt es auch auf diesem Gebiet in unserer Stadt immer etwas zu tun. Im Moment gilt mein Interesse, gemeinsam mit Uwe Köck, der Rettung der Hochhauscheiben in Halle-Neustadt, aufzupassen, dass nicht nur Wohnungen in der Stadt abgerissen werden (zumindest was die kommunalen

Gesellschaft betreffen), sondern sinnvoll und vor allem bedarfsgerecht saniert wird. Die Aufgaben ergeben sich aber auch aus den Aktivitäten der Verwaltung bzw. der entsprechenden Ausschüsse. Es gilt, immer aktuell zu sein und vor allem sehe ich mir die Dinge sehr genau an. Das werde ich auch in der jetzigen Hochwassersituation tun und daraus einige Vorhaben noch einmal prüfen.

### 3. Du bist auch Mitglied im Vorstand unseres Stadtverbandes. Welche Synergieeffekte ergeben sich daraus für Dich?

Das ist richtig. Ich bin Mitglied im Vorstand unseres Stadtverbandes. Synergieeffekt heißt für mich, linke Politik auch in der Praxis umzusetzen. Die Aufgaben unserer linken Fraktion im Stadtrat ergeben sich ja aus unseren Programmen. Die Mitgestaltung unserer Politik ist die Aufgabe unseres Vorstandes und unserer Mitglieder. Das bedeutet für mich, was ich mit beschlossen habe, kann ich durch meine Arbeit als sachkundiger Einwohner praktisch umsetzen und das macht es für mich immer spannend.

Das Interview führte Ute Haupt.

## Buchlesung zum Jahresauftakt:

In der Basisorganisation Riebeckplatz/Hofjäger ist es üblich, den Jahresauftakt in kulturell-gemütlicher Atmosphäre zu begehen. Für unseren kleinen Kreis ist dabei eine Schriftstellerlesung bestens geeignet. Wir sind natürlich mit unserer Stadt und Region eng verbunden und möchten vor allem die hiesigen Literaten fördern. So luden wir den Hallenser Autor Roland Papendick in die Räume der Volkssolidarität in der Südstraße ein. In den Jahren zuvor haben Peter Sodann und Günter Engelhardt bei uns schon gelesen. Zwei Namen, die stellvertretend für einige andere stehen.

Roland Papendick (61 Jahre) mag vielen noch nicht bekannt sein. Von ihm ist 2006 ein kleines Bändchen „Der Katzenpfeifer“ im halleschen projektverlag erschienen. Mit seinen Kurzgeschichten bezieht er sich auf das Erlebte in den letzten 20 Jahren nach der Wende. Die gelesene Geschichte „Der Professor und der Dieb“ zeigt unterschiedliche Sichten, mit etwas Satire, auf die Nachwendejahre. Ein Zeitabschnitt in der deutschen Geschichte, den wir häufig kritisch betrachten. Und ein unterhaltsamer Nachmittag, an dem aber am Rande noch etwas deutlich wurde: Nicht nur in den Medien, auch während unserer Zusammenkunft wurde uns die Finanzknappheit unserer Stadt verdeutlicht. Auch die Volkssolidarität erhält weniger Zuwendungen, so war es aus dem Munde der Mitarbeiter zu hören. Auf Grund einer langfristigen Anmeldung erhielten wir Zugang zu den Räumen. Die finanziellen Kürzungen lassen vorerst solche Gastveranstaltungen nicht mehr zu und gefährden übrigens auch den vierteljährlichen Preisskat. Unsere Schlussfolgerung kann nur sein, die Mittel müssen im Land nach neuen Gesichtspunkten verteilt werden, das heißt, die Kommunen brauchen eine höhere Finanzausstattung. Um dies zu erreichen, brauchen wir eine neue Landesregierung und eine neue Zusammensetzung des Landtages. Am 20. März werden wir darüber entscheiden.

hajo/R.S.

## Aus der letzten Stadtratssitzung am 26.01.2011

Die erste Stadtratssitzung des neuen Jahres hatte wieder einige wichtige Themen zu beraten! Doch ehe es dazu kam, verging etwa eine Stunde, die benötigt wurde, um die Tagesordnung zu beschließen! Verschiedene Dringlichkeitsvorlagen mussten abgestimmt werden und es gab Debatten um die Absetzung der Anträge der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der MitBÜRGER/NEUES FORUM zum Thalia Theater. Letztlich setzte sich eine Mehrheit durch, die über diese Anträge diskutieren wollte! Auch unsere Fraktion stimmte dafür, dass der Rat sich inhaltlich mit beiden Anträgen befassen muss! „Ich finde es nicht gut, sich auf diesem Wege einfach davon zu machen und aus der Diskussion zu stehlen“, betonte Bodo Meerheim als Antwort auf den Antrag von Frau Dr. Wünscher (CDU), beide Anträge wegen Nichtzuständigkeit des Rates nicht zu behandeln!

Ebenfalls auf die Tagesordnung kam der Dringlichkeitsantrag der Oberbürgermeisterin zur Verschiebung des Wahltermines für einen neuen Beigeordneten für Bauen und Planen.

Der erste Tagesordnungspunkt war der Haushalt der Stadt Halle (Saale) für das Jahr 2011. Seit vergangenem Monat liegt uns der Haushaltsplan vor. Er wurde zur weiteren Beratung in die Ausschüsse verwiesen. Bereits am 1. Februar wird sich der erste Ausschuss damit auseinandersetzen. Die Haushaltsberatungen werden wieder spannend werden, denn ein Haushaltsdefizit von 31,8 Millionen Euro steht im Moment auf dem Papier! Ziel der Verwaltung ist es, dieses Defizit auf 19,5 Millionen Euro zu drücken! Konkrete Sparvorschläge will die Verwaltung während der Diskussionen in den Ausschüssen unterbreiten. Im Rahmen der Ein-

bringung des Haushaltes hob die Oberbürgermeisterin hervor, dass das große Finanzloch u.a. auch dadurch zu Stande komme, weil es Aufwüchse bei den Hilfen zur Erziehung und den Kosten der Unterkunft (Teil der Hartz-IV-Leistungen) gibt.

Ohne größere Diskussionen wurden u.a. die Satzung über das besondere Vorkaufsrecht im Fördergebiet „Infrastrukturprogramm/ Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost“; der Bebauungsplan Nr. 70.1. Wohnbebauung Halle- Büschdorf; die Vorlage „Resolution zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts“ und auch die Förderung des Nachbarschaftszentrum Pustebume in Halle-Neustadt beschlossen.

Auch der Widerspruch der Stadt Halle (Saale) zur Beanstandung der Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten in eine Anstalt des öffentlichen Rechts durch das Landesverwaltungsamt wurde - auch mit unseren Stimmen - angenommen. Grund der Beanstandung durch das Landesverwaltungsamt sind Befürchtungen, dass die Anstalt zu hohe Kosten verursachen würde. Der Dringlichkeitsantrag der Oberbürgermeisterin wurde auch inhaltlich angenommen. Ursprünglich wollte der Stadtrat in der Sitzung im Februar einen neuen Beigeordneten für Planen und Bauen wählen. Weil der Amtsinhaber - Herr Dr. Pohlack - nun doch nicht wieder kandidiert, diese Kandidatur aber ausdrücklich in der Ausschreibung bekannt gemacht wurde, wird die Wahl um einen Monat verschoben. Damit können sich nun weitere Bewerber „melden“, die sich ggf. von dieser Ankündigung nicht motiviert fühlen.

Der gemeinsame Prüfantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. zur

„Anrechnung von Halle-Pass-Vergrünungen auf Leistungen nach SGB II und SGB XII“ wurde angenommen.

Erwartungsgemäß gab es heftige inhaltliche Debatten zu den beiden o. g. Anträgen zum Thalia Theater. (Antrag MitBÜRGER/NEUES FORUM zur Prüfung der dauerhaften Bestandssicherung des Thalia Theaters und der möglichen Ausgliederung aus der GmbH / Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufhebung des Beschlusses zur Schließung des Thalia Theaters).

Debattiert wurde, ob angesichts der neuerlichen Entwicklungen die Entscheidungen der Theater GmbH noch aktuell sind und ob der Rat generell Entscheidungen „über“ den Aufsichtsrat fällen kann...

Bodo Meerheim stellte den Antrag, dass Herr Stiska das Rederecht erhält, dem Antrag wurde zugestimmt. Er führte aus, dass mit Optimismus über einen Haustarif verhandelt wird. Die Mitarbeiter seien bereit, auf 7,5 % ihres Gehaltes zu verzichten. Damit wäre das Thalia Theater gerettet. Er führte aber auch aus, dass er über die vorliegenden Anträge verwundert und irritiert sei. Der Stadtrat habe selbst die Grundlagen für die GmbH geschaffen, in dem ein Wirtschaftsplan verabschiedet wurde!

Bodo Meerheim unterstrich noch einmal in der Diskussion die Position unserer Fraktion und führte aus, dass beide Anträge mit dem Hintergrund der Verhandlungen nicht so umsetzbar seien. Wir enthielten uns mehrheitlich der Stimme. Dennoch erwartet er von der Verwaltung eine nochmalige inhaltliche Diskussion im Rat. „Selbst bei der Einführung von Haustarifen müssen wir bis zum Jahr 2012 weitere Entscheidungen treffen“.

Ute Haupt, Stadträtin